

Österreich am Rand: Armut grassiert

Von steigenden Lebenshaltungskosten und fehlender Kindergrundsicherung. Hilfsorganisationen warnen

Von Oliver Rast

Der Befund ist eindeutig: In Österreich galten 2025 rund 1,7 Millionen Menschen als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das zeigen am Mittwoch vorgestellte Daten der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) von Statistik Austria. Der Anteil stieg auf 18,8 Prozent – ein Plus von 1,9 Prozentpunkten bzw. 170.000 Personen im Vergleich zu 2024. Zwar legten die Haushaltseinkommen im Schnitt zu, doch längst nicht alle konnten von diesem Anstieg profitieren, wie Manuela Lenk, fachstatistische Generaldirektorin von Statistik Austria, gleichentags in einer Mitteilung erklärte.

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gilt in der Europäischen Union (EU), wer im Alltag spürbar zurückstecken muss: Menschen, deren Einkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegt, die materiell und sozial benachteiligt sind oder die nur am Rand des Arbeitsmarkts stehen. Unter diese Armutsschwelle – 1.806 Euro im Monat – fielen in Österreich im Vorjahr 1.448.000 Personen oder 16 Prozent der Bevölkerung. Auch das ist deutlich mehr als im Jahr zuvor: 2024 waren es 14,3 Prozent der Bevölkerung. Übersetzt: Einkommen und Lebensstandard hängen stark zusammen.

Sozialverbände sind alarmiert: Die Zahlen seien ein »Weckruf«, so Nora Tödting-Musenbichler in einem Statement am Mittwoch. »Die Schere zwischen Arm und Reich geht dramatisch auf, und das unterste Einkommensdrittel läuft Gefahr, den Anschluss jetzt komplett zu verlieren«, konstatierte die Präsidentin von Caritas Österreich.

Tödting-Musenbichler fordert seitens der »Zuckerl«-Koalition von ÖVP, SPÖ und Neos eine Kurskorrektur in der Budgetpolitik. Es könne nicht sein, dass bei den Menschen gekürzt werde, die bereits heute von Armut betroffen seien oder drohten, in diese hineinzurutschen: Kinder, Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen. Tödting-Musenbichler: »Das Sparen auf dem Rücken der Ärmsten muss endlich aufhören.«

In diesem Zusammenhang fordert Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger erneut eine Kindergrundsicherung. 411.000 Kinder und Jugendliche sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, 81.000 mehr als im Vorjahr lebten laut der Erhebung von Statistik Austria unter der Armutgefährdungsschwelle. »Kinderarmut widerspricht den Kinderrechten, und alle in der Politik sind nun angehalten,

alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Kinderarmut in Österreich zu bekämpfen«, sagte Fenninger. Schlimmer noch: Nach wie vor leben 261.000 Menschen in Österreich in absoluter Armut. Das heißt, sie können sich das Nötigste nicht leisten: Essen, Heizen und Miete. Vor der aktuellen Krise waren es rund 60.000 Menschen weniger.

Gerald Schöpfer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, verweist vor allem auf die Folgen der Teuerung: Der Bedarf an Unterstützung steigt rasant. Seit der Gründung der Team-Österreich-Tafel vor 16 Jahren hat sich die Zahl der jährlichen Abholungen von 600.000 auf mehr als 1,1 Millionen fast verdoppelt. Das Projekt von Rotem Kreuz und *Hitradio Ö3* versorgt an 127 Standorten wöchentlich Menschen mit kostenlosen Lebensmitteln, weil sie sich den Einkauf im Supermarkt nicht mehr leisten können. Doch der Druck wächst auch an anderer Stelle. »Immer mehr Menschen wenden sich an unsere individuelle Spontanhilfe, weil sie ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können«, sagt Schöpfer. Seit 2022 seien die Anfragen um 50 Prozent gestiegen – eine Entwicklung, die er als dramatisch bezeichnet. Spitzte sich die Lage weiter zu, gerieten sozialer Frieden und gesellschaftliches Miteinander in Gefahr.

Dazu passt ein Blick in die Bundeshauptstadt. In Wien gilt ein Viertel der Bevölkerung als armutsgefährdet, österreichweit sind es wie erwähnt 16 Prozent. Besonders deutlich zeigt sich die Belastung bei Kindern: In der Hauptstadt leben 36 Prozent von ihnen in Armutsgefährdung, im Bundesdurchschnitt 23 Prozent. Die Parteivorsitzende der Grünen Wien, Judith Pühringer, sieht darin eine fatale Entwicklung – und kritisiert Maßnahmen der »rot-pinken« Stadtregierung: etwa höhere Öffi-Preise, Kürzungen im Sozialbereich, gestiegene Gebühren und höhere Beiträge zur Wohnbauförderung. Pühringer: Wien sei jahrzehntelang als sozial gerechte Stadt bekannt gewesen, nun »verspielt die Stadtregierung das Erbe des Roten Wiens.« Auch das ist ein klarer Befund.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521934.soziale-verelendung-österreich-am-rand-armut-grassiert.html>